

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

im vergangenen Jahr haben wir Grünen dem Haushalt unserer Stadt zugestimmt. Der Grund war, dass in ihm neben allen Notwendigkeiten, mit denen ein Haushalt in der Regel bis zu 90 % gefüllt ist, eine Reihe zukunftsweisender Projekte enthalten war, die wir für unsere Stadt zum Teil schon lange gefordert hatten:

Endlich – so beschlossen wir damals – sollte im Jahr 2014 mit der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes begonnen werden. Endlich sollte auch für das Rathaus eine Energieanalyse erstellt werden, damit wir in diesem zentralen Gebäude unserer Stadt nicht mehr auf dem Stand von 1975 Heizkosten verschwenden. Auch sollte damit begonnen werden, Konzepte für eine autounabhängige Mobilität zu entwickeln. Zuletzt beschlossen wir damals, dass wir in 2014 am Bahnhof in Scharmede ein Radkästchen bauen. Wir stimmten zu und nahmen an, dass diese Projekte nun auch wirklich umgesetzt werden, demokratisch beschlossen und ein Jahr später geschafft. Oder zumindest konkret begonnen.

Nun nach Ablauf dieses Haushaltsjahres stellen wir fest, es ist nicht nichts passiert. Im Gegenteil: Wir haben viele Baustellen in diesem Jahr geschafft, einige wirklich hervorragend punktgenau, was wir unseren Mitarbeitern in der Verwaltung zu verdanken haben. Ich denke an den Bau der Mensa oder die Fertigstellung der Ortsdurchfahrt in Verlar zum Kreisschützenfest. Wir können pünktlich, das ist nicht unser Problem – darum haben wir ja auch als erste Kommune im Kreis Paderborn das Gütesiegel mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung erhalten. Wir bezahlen nicht nur unsere Rechnungen fair und pünktlich, wir bearbeiten Anfragen schnell und unbürokratisch. Die 4 besonderen Punkte jedoch, die uns im letzten Jahr maßgeblich bewogen haben, dem Haushalt zuzustimmen, sind nicht zur Umsetzung gelangt. Ja, es ist nicht nichts passiert. Aber: Beim Klimaschutzkonzept sind wir über einen Fördermittelantrag, dessen zu erwartende Summe schon im vergangenen Jahr in den Haushalt eingestellt war, und die Vergabe an ein Gutachterbüro – also über interne Verwaltungstätigkeit nicht hinausgekommen.

Die Kostenermittlung für die energetische Sanierung des Rathauses wurde nicht umgesetzt. Das hat die fatale Folge, dass wir in dem Haushalt, dem wir heute zustimmen sollen, keinen einzigen Euro finden, mit dem wir im Jahr 2015 die energetische Sanierung beginnen könnten.

Der Bau des Radkästchens in Scharmede fand in diesem Jahr auch nicht statt – das erinnert uns an die Erweiterung des Radkästchens in Salzkotten, die erst im dritten Jahr, nachdem wir sie beschlossen hatten, umgesetzt wurde.

Zuletzt unser Beschluss, für jene Bürgerinnen und Bürger, die ohne Auto in den Ortsteilen mobil sein möchten oder müssen, nach Konzepten zu suchen, wie sie sinnvoll zum Arzt, zu einem Besuch im Krankenhaus oder einfach nur zum Einkaufen kommen können. Wir hatten gefordert, für 2014 Geld in den Haushalt einzustellen, damit diese Aufgabe angegangen werden kann. Wir ließen uns von der CDU überreden, dass dies auch ohne Kosten möglich sei. Passiert ist aber nichts.

Es ist in jedem Betrieb üblich, dass nicht alle Aufgaben, die man sich für ein Jahr vorgenommen hat, umgesetzt werden. Manches fällt hinten runter.

Hier geht es aber um Beschlüsse, die wir demokratisch miteinander gefällt haben. Meine Damen und Herren, wie müssten wir – wenn die Verwaltung feststellt, dass einige Beschlüsse nicht umgesetzt werden können, weil unsere Kapazitäten nicht reichen – eigentlich entscheiden, welche Projekte wir nach hinten schieben, damit die anderen punktgenau abgeschlossen werden können? Es kann ja nicht sein, dass der Eindruck entsteht, die Verwaltung würde über ihre Prioritätenliste der vorrangigen Arbeiten entscheiden, welche demokratisch gefällten Beschlüsse von uns umgesetzt werden und welche nicht.

Wir Grünen stellen fest, dass alle 4 Beschlüsse, die in den Bereich Klimaschutz fallen, nicht wie beschlossen umgesetzt wurden. Wenn es rückwirkend möglich wäre, würden wir unsere Zustimmung zu Haushalt 2014 zurückziehen. Einem Haushalt, der bestimmt hätte, dass das Rathaus frühestens 2016 energetisch saniert wird, dass ein Radkästchen in Scharmede vielleicht 2015 kommt, oder auch nicht, einem Haushalt, der moderne Mobilitätskonzepte vergisst und ein Klimaschutzkonzept zunächst für ein Jahr in die Büros der Verwaltung schickt, hätten wir nicht zugestimmt. Denn ein solcher Haushalt übergeht – oder heute gesagt: ein solcher Haushalt hat zentrale Notwendigkeiten für die Zukunft unserer Stadt übergangen.

Wie schätzen wir Grünen die Lage für 2015 ein?

Weiterhin geht es uns in Salzkotten sehr gut: jammern können wir in den meisten Politikfeldern wenn überhaupt, dann auf hohem Niveau. Unsere räumliche Lage ist in der heutigen Zeit beinahe ideal. Wir haben eine große Finanzkraft, wir können bis auf wenige

Ausnahmen eine gute Infrastruktur bieten. Die Folge ist, dass die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um unsere Baugebiete – sowohl im Gewerbe als auch im privaten Wohnungsbau – das Angebot, das wir sinnvoller Weise auf den Markt bringen möchten, an fast allen Orten übersteigt. Salzkotten ist attraktiv und strahlt nach außen – auch zum Beispiel, weil wir mit der Gesamtschule oder ebenso der Montessorischule gut aufgestellt sind.

Dass jedoch der Schwimmunterricht für unsere Grundschul Kinder nicht stattfinden kann, dass Kinder aus Salzkotten, die sich an einer weiterführenden Schule anmelden möchten, hierfür aber das Schwimmabzeichen Bronze vorweisen sollen, benachteiligt sind; dass Kinder so groß werden, dass sie im Freibad zwar stehen können, aber bis dahin nicht gelernt haben, wie man schwimmt, ist für Salzkotten eine tiefe Wunde.

Offene Wunden sehen wir auch in unserem Stadtkern. In den letzten Jahren haben wir das alte Gasthaus Jürgens verloren. Auch das Gebäude Lange Straße 16 halten viele für nicht rettbar. Alle Versuche um Haus Wüst sind bisher gescheitert. An der Vielser Straße scheint die historische Bausubstanz den Vielser Bach hinunter zu gehen. Wir sind froh, dass Sie, Herr Bürgermeister Berger, angekündigt haben, das Thema Sanierung des historischen Stadtkerns in der Verwaltung neu zu bündeln. Wir schlagen vor, das integrierte Handlungskonzept zu evaluieren und neu mit Leben zu füllen. Und wir sind überzeugt davon, dass es Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich hier in einem Arbeitskreis engagieren – zum Beispiel Menschen aus dem Heimatverein oder der Bürgerstiftung, aber auch darüber hinaus. Sinnvoll erscheint uns – wie in anderen Bereichen immer wieder auch – über den Tellerrand z.B. nach Rietberg zu schauen, wie es dort gelingt, bei der Sanierung der wertvollen Bausubstanz ganz anders voranzukommen.

Gefordert sind wir in Salzkotten durch die Not vieler Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten und bei uns Schutz, Lebensperspektive und auch ein Stück Heimatersatz suchen. Wir begrüßen sehr, dass die Verwaltung uns hier eine Stellenausweitung vorschlägt. Neben den Verwaltungsabläufen und den Hausmeisterdiensten werden wir verstärkt die soziale Begleitung und die Chancen der Einbindung unserer Flüchtlinge in unser soziales Leben im Blick haben müssen. Wir freuen uns sehr, dass die Verwaltung unseren Vorschlag, dies auf eine breite bürgergesellschaftliche Basis zu stellen, aufgegriffen hat. In der nächsten Sitzung des Schulausschusses werden wir über dieses Thema anhand des Antrages der Caritas auch wieder sprechen. Die Zeit, die unsere Flüchtlinge in Salzkotten verbringen, soll für sie – sie kann aber auch für uns als Stadt sehr fruchtbar werden. Es liegt an uns, wie wir uns diesen Menschen öffnen können. Die

Dankbarkeit darüber, wie gut es uns in unserem reichen Land geht, ist für viele Bürgerinnen und Bürger Anlass, hier aktiv zu sein.

Ist unsere finanzielle Perspektive auch eine schwierige Baustelle? Die Zeichen, die wir dem Haushaltsplan entnehmen können, sind vielfältig.

Zunächst lohnt ein Rückblick: Im Haushalt von 2009 war die Grundlage unserer Entscheidungen im Rat die Aussicht, dass wir in Zukunft immer hohe Defizite erwarten müssten. Schon vor 3 Jahren sollte unsere Ausgleichsrücklage, die heute bei ca. 6 Mio liegt, aufgebraucht sein, und im Jahr 2011 wurde eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von 1,34 Millionen prognostiziert.

All das traf nicht ein. Heute heißt die Prognose, dass unsere Ausgleichsrücklage bis mindestens 2017 Spielraum bietet. Wir alle wissen, dass uns viele Kommunen um diese Situation beneiden.

Ich möchte an dieser Stelle noch an eine Entscheidung im Jahr 2013 erinnern. Die CDU verhinderte damals die Verkleinerung unseres Rates, obwohl wir damit in jedem Jahr 24.000 Euro hätten sparen können. Zeigt auch das, dass wir scheinbar gut bei Kasse sind? Auch der soeben gefällte und nur von uns nicht getragene Beschluss, 24.000 Euro dafür zusätzlich auszugeben, dass wir in den Nächten von Sonntag bis Donnerstag das Straßenlicht wieder leuchten lassen, scheint zu zeigen, dass wir genug Geld haben.

Wenn wir den nun vorgelegten Haushalt betrachten, kann davon allerdings nicht die Rede sein:

Wir finden wir in ihm ein Defizit von 2,4 Mio Euro. Wie in den letzten Jahren alarmiert es uns zurecht, sehr sorgfältig zu schauen, welche Ausgaben wir tatsächlich tätigen sollen. Es mahnt uns, besonders darauf zu schauen, welche Investitionen sich auszahlen.

Wir Grünen gehen davon aus, dass die Verwaltung das vermutete Defizit nur benennt, weil sie daran auch wirklich selbst glaubt. Das bedeutet für uns aber auch, dass wir es uns nicht leisten können, Geld zu verschenken. Aber genau das geschieht, wenn wir - wie geplant - die Steuersätze nicht an die fiktiven Hebesätze anzugleichen. Wir prognostizieren einen Haushalt der sich nicht deckt, wir lehnen dringend nötige Projekte ab, weil wir sie nicht finanzieren können. Aber wir verzichten auf 100.000 Euro Schlüsselzuweisungen. Es stimmt: Dieses Geld müsste von den Grundbesitzern und den Gewerben aufgebracht werden. Für den Grundbesitzer wären es durchschnittlich ein Euro im Monat. Und für die Gewerbe wären es 57 cent zusätzlich pro 1000 Euro Gewinn. Die

Nachfrage nach unseren Bauplätzen würde die Angleichung an den Hebesatz kaum beeinflussen – dafür sind all die anderen positiven Standortfaktoren zu stark. Wir alle wissen, dass die auch für 2015 prognostizierte Wertsteigerung von Immobilien in unserer Lage eine Erhöhung der Grundsteuer B um 12 Euro deutlich übersteigen wird. Und wir alle sehen an Delbrück, wie schwierig es ist, wenn eine Kommune nach Jahren unter dem fiktiven Hebesatz plötzlich zu einem großen Sprung gezwungen ist.

Wenn wir also wirklich damit rechnen müssen, dass wir für den Breitbandausbau, den Kreisverkehr am Ölweg, das Radkästchen in Scharmede, die Ausgaben für unsere Schulen und all die anderen berechtigten Ausgaben zu wenig Geld haben, dann ist es nicht verständlich, warum wir auf diese Einnahmen verzichten.

Wir Grünen bedauern sehr, dass wir im Bereich der autounabhängigen Mobilität in Salzkotten nicht vorankommen. Erschrocken sind wir über die Haltung, es käme ja in 2016 die Neuordnung der Buslinien des nph – das bedeutet, man geht davon aus, dass die autounabhängige Mobilität allein durch die Angebote der Linienbusse lösbar wären. Das, meine Damen und Herren, verkennt sowohl das Problem als auch die Vielzahl der Lösungsmöglichkeiten, die in vielen anderen Gemeinden schon erfolgreich umgesetzt werden.

Wir Grünen bedauern sehr, dass wir bei der energetischen Sanierung des Rathauses ein Jahr lang gelähmt sein werden. Während wir für das Bürgerhaus in Verne zum zweiten Mal 130.000 Euro in den Haushalt einstellen obwohl wir alle wissen, dass wir auch 2015 keine 130.000 Euro für das Heimathaus in Verne verbauen können. Während wir also mit 130.000 Euro phantasierter Ausgaben unser Defizit hochrechnen, stellen wir kein Geld in den Haushalt ein, mit dem wir realistischer Weise mit der Sanierung des Rathauses beginnen könnten.

Kleine Bemerkung am Rande: Auch für den Sportplatz in Scharmede stellen wir keine phantastische Summe ein, obwohl der Leidensdruck dort sicher ähnlich hoch ist, wie in Verne.

Wir Grünen werden im nächsten Jahr im Bereich des Städtebaus und der Dorfentwicklung auch auf die Entwicklung im Mietwohnungsmarkt achten: Es ist uns klar, dass wir heute beginnen müssen, den Wohnraum für aktuell schon spürbare, wachsende Bedürfnisse zu entwickeln. Und das sind z.B. kleine und erschwingliche Singlewohnungen – zum Beispiel

für Frauen im Rentenalter. Oder bezahlbare Mietwohnungen für junge Familien mit Kindern.

Was bleibt? Unsere Finanzpolitik braucht keine Phantasiesummen im Haushalt – sie hat gleichzeitig nichts zu verschenken und sollte zukünftige große Sprünge bei den Hebesätzen nicht provozieren. Unsere Politik für Salzkotten muss in unseren Augen wacher werden. Sie muss beim Klimaschutz schneller werden. Sie muss die Veränderungen bei den Bedürfnissen der Mobilität und des Wohnens klarer erkennen und darauf Antworten entwickeln. Die Erhaltung unserer historischen Schätze darf nicht weiter in der Schublade schlummern.

Wir Grünen stimmen dem Haushaltsplan für das Jahr 2015 deshalb nicht zu. Und wir werden weiterhin darauf drängen, dass die Beschlüsse, die wir für 2014 auf den Weg gebracht hatten, tatsächlich und mit Energie umgesetzt werden.

Vielen Dank